

Wir fahren zwischenzeitlich in der Tagesordnung fort. Ich darf Sie darüber informieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Tagesordnungspunkt 8, das ist eine Eingabe betreffend die Beschwerde über eine geplante Abschiebung einvernehmlich zwischen den Fraktionen für heute von der Tagesordnung abgesetzt ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass sich die Redezeit hierzu wegen des Verzichts der CSU-Fraktion auf die Einreichung eines Dringlichkeitsantrages auf 24 Minuten pro Fraktion verkürzt hat.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)
Bundeswehrreform 2011 (Drs. 16/10177)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kahlschlag bei der Bundeswehr - betroffene Standortkommunen unterstützen (Drs. 16/10185)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Johannes Hintersberger u. a. und Fraktion (CSU), Tobias Thalhammer, Thomas Dechant, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. und Fraktion (FDP)
Bayern ist und bleibt das attraktivste Bundeswehrland (Drs. 16/10190)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner hat schon am Redepult Platz gefunden. Es ist Professor Dr. Peter Paul Gantzer. Herr Dr. Gantzer, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, wenn ich so die Pressemeldungen der letzten Tage Revue passieren lasse und an das denke, was mein Fraktionsvorsitzender heute Mittag zur Regierungsumbildung gesagt hat, kann ich militärisch nur feststellen: Die Einschläge kommen bei Ihnen immer näher.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Lassen Sie mich daher auch militärisch anfangen: CSU-Fraktion - stillgesessen. Für nicht Gediente zur Erläuterung: Wenn man beim Militär mit jemandem ein ernstes Wort reden will, gibt es ein solches Kommando. Wir müssen ernst über die Reform der Bundeswehr reden. Damit komme ich gleich zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU. Es wundert mich ein bisschen, dass Sie ihn nicht gleich zum Jubelhauptantrag gemacht haben; aber es ist typisch für Sie, dass Sie ihn nur nachgezogen haben. Ich sage Ihnen gleich, dass wir diesen Antrag ablehnen werden, und zwar zum einen wegen der Überschrift, wo es heißt: "Bayern ist und bleibt das attraktivste Bundeswehrland". Das stimmt nicht, und das werde ich auch gleich begründen.

(Beifall bei der SPD)

Der andere Grund ist in der Ziffer 5 zu finden, wo Sie dazu auffordern, ein neues Heimatschutzregiment für den Katastrophenschutz aufzustellen. Ich sage den Kolleginnen und Kollegen, die gedient haben, und auch dem Herrn Innenminister, von dem ich weiß, dass es ein Lieblingsmodell von ihm ist, Folgendes: Ich habe 30 Jahre im Heimatschutz gedient, zunächst als Kompaniechef, dann zehn Jahre als Bataillonskommandeur und zehn Jahre als Regimentskommandeur.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie nun in Ihrem Antrag fordern, ist weit weg von allen Möglichkeiten, für die Soldaten ausgebildet werden. Es geht völlig an der Sache vorbei. Nehmen Sie es nicht persönlich, Herr Innenminister, das kann nur eine Idee von Etappenhengsten sein, von niemandem sonst!

(Heiterkeit bei der SPD)

Was heißt nun "Bundeswehrreform" nach dem neuen Papier des Verteidigungsministers? Wir haben in Bayern drei Schließungen und 20 signifikante Reduzierungen. Wenn Sie letztere genau ansehen, handelt es sich dabei praktisch um sieben Schließungen. Ein Viertel der bundesweit wegfallenden Dienstposten entfällt auf Bayern, in Schwaben sind es 60 %, im Allgäu sogar 66 %. Und wenn Sie nun davon reden, Bayern sei ein attraktives Bundeswehrland geblieben, dann geht das an der Wirklichkeit völlig vorbei. Das ist schlichtweg die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dieses Ergebnis schon früh geahnt. Deswegen hatte die SPD im Frühjahr eine Taskforce eingerichtet. Ich kann mich noch an Ihren Spott erinnern. Ihr Fraktionsvorsitzender Georg Schmid, der leider

jetzt nicht hier im Saale ist, hat damals gesagt: Mit dieser aktuellen Eingreiftruppe Taskforce seien wir zwar gestartet, aber als Feldpostkarte gelandet. Wenn ich mir die Reformen ansehe, die nun aus Berlin für Bayern gekommen sind, kann ich nur feststellen, dass es bei Ihnen nicht einmal mehr für eine Briefmarke auf dieser Feldpostkarte reicht,

(Beifall bei der SPD)

ja nicht einmal zum Papier für eine Feldlatrine.

Dabei hatte Georg Schmid ganz große Töne gespuckt. Er hat sogar den Verteidigungsminister nach Kloster Banz bestellt und ihn dort persönlich gesprochen, wie er betont hat. Ersterer hat ebenfalls mit Ministerpräsident Seehofer gesprochen. Beide haben versichert, es bleibe alles, wie es ist. Man müsse keine Angst haben. Es hat sogar Siegesmeldungen gegeben einen Tag vorher: Donauwörth bleibt! Einen Tag vorher: Lagerlechfeld bleibt! Einen Tag später sind beide geschlossen worden. Ich muss sagen, das ist ein ganz schlechtes Ergebnis.

Ich habe jetzt ein Schreiben vom Staatssekretär Huber bekommen. Er hat auf unseren Antrag zur Bundeswehrreform in Bayern vom 17. März reagiert und gesagt, es würden höchstens 12.000 Dienstposten in Bayern gestrichen. Es sind 20.000 geworden. Ich zitiere aus dem Schreiben, das ich jetzt aktuell bekommen habe:

Die Staatsregierung setzt sich seit Beginn des Reformprozesses in Bezug auf die Bundeswehrstruktur vor über einem Jahr nachhaltig dafür ein, dass die Interessen Bayerns gebührend Berücksichtigung finden und möglichst viele Standorte und Dienststellen in Bayern erhalten bleiben.

Am Schluss wird dann zu den Gesprächen mit dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium gesagt, man habe mit Nachdruck gefordert, dass es keinen Kahlschlag bei den bayerischen Standorten geben dürfe.

Meine Damen und Herren, zu sagen, wir hätten unser Ziel erreicht, wenn ein Viertel aller Dienstposten Deutschlands in Bayern gestrichen wird, ist schlichtweg die Unwahrheit. Das können wir so nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedauere, dass es nicht gelungen ist, entgegen Ihren Ankündigungen die gewachsenen Beziehungen zwischen Bundeswehr und Bayern zu erhalten. Ich weiß aber auch, dass wir im Augenblick mit diesem Ergebnis leben müssen. Deswegen müssen wir nach

vorne schauen. Feinplanung und Zeithorizont sind ganz wichtig. Das Verteidigungsministerium hat angekündigt: Feinplanung bis Ende des Jahres, der Zeithorizont April 2012. Das ist zu lang. Wir müssen den Soldaten Planungssicherheit geben. Wir müssen uns beeilen. Sie müssen Druck machen. Deswegen unser Antrag.

Was mir weiter sehr wichtig ist, ist das Konversionsprogramm. Das haben wir bereits in früheren Anträgen ausführlich dargestellt. Ich werde daher darauf jetzt nicht näher eingehen. Ich stelle aber fest aufgrund einer gerade beantworteten Schriftlichen Anfrage von mir: Sie verweisen immer auf das Städtebauförderungsprogramm des Bundes. Dabei wissen wir, dass 2012 eine deutliche Kürzung des Städtebauförderungsprogramms erfolgen wird. Das wurde mit den Stimmen der CSU so beschlossen. 2012 wird es also keine Mittel für neue Projekte der Militärkonversion geben. Also ich weiß nicht, was Sie uns da erzählen wollen. Und von dem 2-%-Umsatzsteueranteil für Bayern ist in der Antwort auf meine Anfrage überhaupt keine Rede.

Ich sage Ihnen zum Schluss noch Folgendes: Der Standort Kempten ist praktisch aufgelöst worden. Das ist der Bereich des damaligen Staatssekretärs Kreuzer, der jetzt Minister ist. Der Standort Manching ist signifikant reduziert. Das ist der Einflussbereich von Seehofer und Haderthauer. Der Standort Fürstenfeldbruck wird aufgelöst. Das ist der Bereich Ihrer Landesgruppensprecherin Hasselfeldt. Die Lufttransportschule Altstadt ist aufgelöst worden - ein Markenzeichen der Bundeswehr. Und dies, obwohl Sie vor Ort immer erklärt haben, Sie würden darum kämpfen. Altstadt liegt im Bereich von Generalsekretär Dobrindt. Was hat er bloß für Reden gehalten, Kollegin Dodell auch. Sie ist jetzt leider nicht da.

(Barbara Stamm (CSU): Sie ist krank!)

Was haben Sie uns alles erzählt! Auch der Standort Donauwörth - das ist der Bereich des Fraktionsvorsitzenden Schmid - wird praktisch aufgelöst.

Was lernen wir daraus? Wir haben eine Diskussion um Steuersenkungen und wir haben die Bundeswehrreform. Wir lernen daraus: Die CSU hat in Berlin keinerlei Einfluss mehr.

(Beifall bei der SPD)

Auf Ihre eigene Regierung haben Sie keinen Einfluss mehr. Sie feiern jetzt schon das Betreuungsgeld als Erfolg. Aber Ihr Einfluss in Berlin ist gleich null.

Deswegen bitte ich Sie, jetzt endlich tätig zu werden. Die Arbeitsgemeinschaft "Bundeswehr", die Sie in der

Staatskanzlei gegründet haben, muss sofort tätig werden. Denn Sie haben versäumt, den Rettungsschirm für die Bundeswehr in Bayern aufzuspannen, was zu einem katastrophalen Ergebnis geführt hat. Sorgen Sie wenigstens jetzt für einen Rettungsschirm für die Kommunen.

In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

CSU-Fraktion rührt euch!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Gantzer. Nächster Redner ist Herr Pohl. Bitte schön, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als am 26. Oktober dieses Jahres die Ergebnisse der Standortentscheidungen des Verteidigungsministers verkündet wurden, habe ich gedacht, wir werden in Berlin von einem linken Bundeskanzler aus den neuen Bundesländern regiert, dem man sein Abitur in Bayern nicht anerkannt hat und der persönliche Ressentiments gegen jeden Menschen hegt, der hier im Freistaat lebt.

Ich war fassungslos, ich war entsetzt und bin es noch heute. Was sind die ganzen Beteuerungen, die wir gehört haben, wert, die Bundeswehrreform zur Chefsache zu machen und der Ministerpräsident werde sich persönlich für die Standorte einsetzen?

Aber Sie glauben immer noch, dass Bayern gut weggekommen ist, wenn ich Ziffer 2 Ihres Dringlichkeitsantrags lese:

Der Landtag begrüßt, dass die Bundeswehr wie gefordert auch nach der Umsetzung der Reform flächendeckend in ganz Bayern ... präsent bleibt.

(Hans Joachim Werner (SPD): Das ist eine Lachnummer!)

Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen in Kaufbeuren, in Fürstenfeldbruck und in Penzing, die von einer Totalschließung des Standorts betroffen sind. Das ist ein Schlag in das Gesicht von Zehntausenden von Soldaten, die in Bayern verschwinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Und das, meine Damen und Herren, obwohl speziell die bayerische Bevölkerung das umgesetzt hat, und zwar nicht erst seit zwölf Monaten, seit man weiß, dass es Umstrukturierungen geben wird, und immer schon einen engen Schulterschluss mit den Soldaten der Bundeswehr geübt hat. Die Soldaten waren in

Bayern willkommen, anders als in anderen Bundesländern. Jetzt muss Bayern die Zeche dafür zahlen, dass ein Verteidigungsminister von und zu Guttenberg eine Reform angestoßen hat, zurücktreten musste und die CSU nicht in der Lage war, diesen Posten mit einem eigenen Mann oder mit einer eigenen Frau zu besetzen.

Meine Damen und Herren, Sie sagen, die Freiwilligenarmee ist jetzt das Maß der Dinge. Ich kann mich noch gut erinnern: Im Bundestagswahlkampf hat die FDP mit ihrem Vorsitzenden Westerwelle die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert. Die Union hat das als Provokation zurückgewiesen und gesagt: Mit uns geht das nicht. - So lange ist die Halbwertszeit von grundlegenden Aussagen. Ich weiß nicht, ob die CDU ihr Programm inzwischen neu gedruckt hat. Ich meine, dass da immer noch die Wehrpflicht drinsteht.

Wir haben den Schaden in vielen Kommunen des Freistaats Bayern. Wir sind jetzt gefordert, und zwar die Staatsregierung, der Bund, der Bayerische Landtag und die Kommunen. Deswegen fordern wir in unserem Dringlichkeitsantrag, dass Staatsregierung gemeinsam mit den Abgeordneten des Bayerischen Landtags den Kommunen, die von Standortschließungen und -reduzierungen betroffen sind, transparent und effektiv eine Zukunftschance gibt, aber eine echte Zukunftschance, nicht so eine, wie sie der Zukunftsrat will, sondern eine Zukunftschance, mit der wir in Bayern endlich zu gleichwertigen Lebensverhältnissen im ganzen Land kommen.

In meiner eigenen Stadt Kaufbeuren sind 1.200 Dienstposten weg, davon Hunderte Offiziere, Diplomingenieure, Maschinenbauer etc. Das war und ist die Lebensader der Wirtschaft dieser Stadt. Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass man tatenlos zuschaut, wie hier etwas verschwindet.

Ich möchte Ihnen kurz ein persönliches Erlebnis mit dieser Bundeswehrreform schildern. Sie können sich vielleicht erinnern: Die FREIEN WÄHLER haben eine zivil-militärische Kooperation gefordert. Wir haben einen Dringlichkeitsantrag im Landtag gestellt. Wir hatten damit keinen Erfolg. Aber ein paar Tage später kam Staatssekretär Schmidt vom Verteidigungsministerium zu uns, um für diese Idee zu werben. Er sagte: Wenn ihr das hinbekommt, dann ist das eine Maßnahme der Standortsicherung - keine Garantie, aber eine Maßnahme der Standortsicherung.

Wir haben es hingebacht. Wir haben die Option einer zivil-militärischen Kooperation. Dankenswerterweise hat mich Staatsminister Zeil - leider ist er gerade nicht da - hervorragend unterstützt, auch der Kollege Thoma von der FDP im Deutschen Bundestag.

Wir haben gedacht, wir haben das auf die Reihe gebracht und haben unseren Standort gerettet. Falsch. Totalschließung heißt die Antwort. Da frage ich mich: Hat sich die Bayerische Staatsregierung nicht eingesetzt, oder war sie zu schwach, für Bayern etwas herauszuholen?

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Beides!)

Es ist ein Trauerspiel. Damit es nicht länger ein Trauerspiel bleibt, müssen wir alle an einem Strang ziehen und das ernst nehmen. Wir müssen es ernst nehmen und diesen Gemeinden, diesen Städten eine Zukunft geben durch Infrastrukturmaßnahmen, Behördenverlagerungen, Standorte von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und durch eine Verkehrsanbindung, die ihnen die Chance gibt, durch Infrastruktur dort Wirtschaft anzusiedeln, wo wesentliche Wirtschaftskraft verlorengegangen ist.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag und füge gleich hinzu: Ich denke, dass die Konversion eine der wesentlichen und wichtigsten Aufgaben in den verbleibenden Jahren dieser Legislaturperiode und darüber hinaus sein wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass zu allen drei Anträgen zwischenzeitlich beantragt wurde, in namentlicher Form abzustimmen. Das kann frühestens in 15 Minuten geschehen. Einstweilen diskutieren wir den Dringlichkeitsantrag weiter mit dem Beitrag des Kollegen Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Professor Gantzer, die CSU saß nicht still, die CSU sitzt nicht still. Ich wünsche mir, dass Sie Ihren Führungsanspruch und Ihren Befehlston stärker in Ihrer Fraktion und in Ihrer Partei einbringen als auf unsere Fraktion gemünzt. Aber lassen Sie uns nun ernst werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt in der Tat überhaupt nichts schönzureden, aber es gilt, die Tatsachen deutlich zu betonen. Tatsache war und ist, dass an der grundsätzlichen Reform der Bundeswehr, die vor dem Hintergrund der geänderten Einsatzvoraussetzungen eine schlanke, leistungsstarke und schnell einsatzfähige Truppe schaffen will, kein Weg vorbeiführt. Das ist anzuerkennen, und bei allen Diskussionen wurde dies als Realität betont. Sie aber blasen Luftballone auf und tun so, als könnte die grundsätzliche Strukturreform unserer Bundeswehr an Bayern vorübergehen. Diese Reform hat das Ziel,

bestens ausgebildete, einsatzfähige Soldatinnen und Soldaten mit der bestmöglichen Ausrüstung für die zentrale Aufgabe unserer Bundeswehr zur Verfügung zu stellen. Das müssen wir auch fordern, daran führt kein Weg vorbei.

Ein weiterer Aspekt war und ist, die Bundeswehr planungssicher zu finanzieren, anstatt, wie es leider in den letzten Jahrzehnten geschah, sich durchzuwurschteln mit allen Folgen, die wir leider zur Kenntnis nehmen mussten und die es nicht zugelassen haben, dass sich unsere Bundeswehr bei Einsatz- und Planungssicherheit optimal auf die veränderten Bedrohungen einstellen konnte.

Bayern bleibt sehr wohl ein attraktives Bundeswehrland und Heimat für unsere Soldatinnen und Soldaten. Mit 2,5 Dienstposten pro tausend Einwohner liegen wir nach wie vor über dem bundesweiten Durchschnitt von 2,4. Das Verhältnis ist also überproportional hoch.

(Zurufe von der SPD)

Das ist zwar ein statistischer Wert, aber er muss einfach auch genannt werden. Nach Niedersachsen haben wir in Bayern weiter die zweithöchste Anzahl von Soldatinnen und Soldaten, auch nach der Reform. Schon bisher standen wir in diesem Ranking an zweiter Stelle. Lassen Sie mich das einfach so darstellen. Die Zahlen, die Kollege Gantzer genannt hatte, stimmen selbstverständlich, da sie aus dem Entscheid des Bundesverteidigungsministers gekommen sind.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Johannes Hintersberger (CSU): Nein. Ich möchte noch auf einige entscheidende Punkte eingehen, und ich denke, wir sind da nicht weit voneinander entfernt.

Trotz schmerzlicher Schließungen und massiver Reduzierungen gerade auch in meiner Heimat Schwaben zeigt die Bundeswehr in Bayern nach wie vor eine flächendeckende Präsenz. Das ist wichtig, und da sage ich unserem Ministerpräsidenten und dem scheidenden Staatskanzleichef sowie unserem Innenminister Dank für ihren Einsatz. Das war und ist nicht selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Die Tatsache, dass zwei Großverbände, nämlich die Panzerbrigade in der Oberpfalz und die Gebirgsjägerbrigade 23 im südbayerischen Raum mit allen Bataillonsstandorten bestehen bleiben, ist auch ein Grund dafür, dass sich die Bundeswehr in Bayern beheimatet.

tet fühlt. Das kommt in diesen starken Strukturen zum Ausdruck.

Auf die weiteren Punkte möchte ich nur stichwortartig eingehen. Selbstverständlich ist es notwendig und wichtig - da bin ich d'accord mit meinem Kollegen Gantzer -, dass wir zeitnah die zeitlichen Vorstellungen erfahren - da ist in den letzten Wochen vieles falsch berichtet worden -, wann die letzten Soldaten den einen oder anderen Standort verlassen müssen. Das sind Zeitfenster nicht Wochen oder Monate, sondern über Jahre. Das lässt uns Luft, um die Folgen durch verstärkte zivil-militärische Zusammenarbeit zu kompensieren, auch in Verbänden der Forschung und Entwicklung, in der Ausbildung und durch zivile Umsetzung, zum Beispiel durch Förderprogramme. Der zuständige Bundesbauminister Kollege Ramsauer hat gestern schon dargestellt, dass der Bund über eine Fondslösung Förderprogramme auflegen wird.

Viel wichtiger erscheint mir das, was wir in Ziffer 6 unseres Antrags formulieren. Wir wollen schnell Planungssicherheit für die Kommunen, die bald wissen müssen, wie es mit den militärisch nicht mehr notwendigen Flächen aussieht. Ich denke dabei zum Beispiel an Kempten. Es ist wichtig, eine schnelle Entscheidung zu treffen, damit die Kommunen diese Flächen günstig für die Stadtentwicklung bekommen und Planungssicherheit haben.

Uns ist der Fortbestand einer wettbewerbsfähigen wehrtechnischen Industrie gerade in Bayern ein großes Anliegen. Dafür wollen wir uns weiter einsetzen. Ich bitte das gesamte Hohe Haus, sich dafür einzusetzen und sich anzustrengen, damit diese strategischen Schlüsseltechnologien und die Kompetenz der Wehrtechnik, von der Panzertechnologie über die Drohnenentwicklung bis hin zur persönlichen Ausrüstung unserer Soldaten bei internationalen Einsätzen, nicht verloren gehen, sondern dass sie in Bayern erhalten und planungssicher weiterentwickelt werden.

Kollege Gantzer, ich bin nicht Ihrer Ansicht, dass die Forderung, ein Reservistenkonzept zu entwickeln, eine Idee der Etappe wäre. Der Vorschlag, ein Heimatschutzregiment mit vier Bataillonsstandorten in den verschiedenen Landesteilen Bayerns aufzustellen, kommt nicht aus der Etappe, sondern aus den engagierten Reservistenkameradschaften. Hier gibt es ein großes ehrenamtliches, engagiertes und gut ausgebildetes Potenzial von Soldatinnen und Soldaten, die sich in der zivil-militärischen Zusammenarbeit bei Katastrophen, bei großen Schadens- oder Unglücksfällen einbringen können. Je schneller dies geschehen kann, desto besser. Den Vorschlag, für Standorte, wo jetzt reduziert wird, wo die Infrastruktur durch Hallen, persönliche Ausrüstung und Fahrzeuge

weiter existiert, wo die Reservisten in der Umgebung wohnen und sich dort auskennen, ein Heimatschutzregiment zu bilden, damit die Reservisten bei Katastropheneinsätzen die Polizei, das THW oder die Feuerwehr unterstützen können, als Idee aus der Etappe abzutun, verstehe ich überhaupt nicht. Wir halten das Konzept für ein Heimatschutzregiment aus Verantwortung in unserem Antrag fest, weil wir wissen, dass es der Bundeswehr aufgrund der Reduzierung der Dienstposten und der Truppenstärke nicht mehr in bisheriger Weise möglich sein wird, im Katastrophenfall einzuspringen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wer soll das denn bezahlen?)

Ich bleibe dabei: Bayern bleibt ein starker Partner für Deutschlands Sicherheit; Bayern bleibt eine verlässliche Heimat für unsere Bundeswehr. Daher bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte bleiben Sie am Redepult. Herr Kollege Dr. Wengert hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, bitte schön.

Dr. Paul Wengert (SPD): Herr Kollege Hintersberger, Ihre Rechenkünste in allen Ehren, aber sie helfen uns keinen Millimeter weiter. Ihr Dank an den Ministerpräsidenten und Innenminister für deren angeblich erfolgreiches Bemühen um den Standorterhalt in Bayern ist eine grobe Verkennung der Wirklichkeit. Wollen Sie denn angesichts des Verlusts von 60 % der Dienstposten in Schwaben und von 66 % der Dienstposten im Allgäu wirklich die Feststellung in Ihrem Antrag aufrechterhalten, dass die Bundeswehr flächendeckend und - ich denke hier insbesondere an Kaufbeuren - im strukturschwachen Raum präsent bleibt? Wie wollen Sie das den betroffenen Soldatinnen und Soldaten und den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verkaufen?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Kollege Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU): Herr Kollege Dr. Wengert, ich habe eindeutig gesagt, dass es nichts schönzureden gibt. Ich habe aber auch gesagt - das betone ich -, dass bei der notwendigen Reform auch Bayern nicht verschont bleiben wird. Ich habe das zu allen Anträgen und in allen Diskussionen im Hohen Haus deutlich gemacht. Für den Standort Kaufbeuren, dessen Schließung schmerzt, gilt es, sich für alle Instrumentarien einzusetzen, die heute mehrmals erwähnt wurden, von der Zusammenarbeit, Kooperation, Verbundmöglichkeit im zivilen Bereich

mit der Wirtschaft bis hin zu Konversionsprogrammen und zu neuen Funktionsmöglichkeiten, die es möglicherweise geben wird. Dennoch, Kollege Dr. Wengert, bleibe ich dabei, dass "flächendeckend" in Bayern ein Kriterium von den sechs Kriterien des Bundesverteidigungsministers war: Reduzieren vor Schließen. Insgesamt wird es in Bayern die Bundeswehr weiter noch flächendeckend geben. Das ist so, auch wenn es in manchen Teilen - dazu gehört Südschwaben - sehr schmerzliche Einschnitte bis hin zu gänzlichen Auflösungen geben wird.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Eine weitere Zwischenbemerkung kommt von Herrn Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Erstens. Herr Kollege Hintersberger, meinen Sie tatsächlich, dass der Ministerpräsident gut für Bayern verhandelt hat? - Ich frage Sie das als schwäbischer Kollege. Wir sind besonders betroffen.

Zweitens. Mich hat geschmerzt, dass in Ihrem Redebeitrag Kaufbeuren nicht vorkam, sondern erst auf Nachfrage des Kollegen Dr. Wengert. Sei's drum. Kann ich davon ausgehen, dass uns Ihre Fraktion in Kaufbeuren bei unseren Bemühungen um eine zivil-militärische Kooperation unterstützen wird, die in greifbare Nähe gerückt ist? - Der Ministerpräsident hat dies bereits getan.

Drittens. Sie haben zu unserem Antrag nichts gesagt. Ich frage Sie deswegen: Sind Sie mit uns dabei, wenn es darum geht, einen transparenten Prozess der Konversion an den betroffenen Standorten aktiv zu begleiten und diesen Standorten mit Maßnahmen der Strukturförderung eine Zukunft zu geben? - Transparent ist anders, als dies bei der Bundeswehrreform gelaufen ist, die völlig hinter verschlossenen Türen stattfand und uns am 26. Oktober 2011 größtenteils sehr überrascht und geschockt hat.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Hintersberger, bitte.

Johannes Hintersberger (CSU): Herr Kollege Pohl, ich habe in meinem Beitrag zum Dringlichkeitsantrag bereits deutlich gemacht, dass wir selbstverständlich für die Standorte, die von Schließungen bzw. massiven Reduzierungen betroffen sind, im Rahmen der Förderprogramme des Punktes 6 unseres Antrags Planungssicherheit für die Liegenschaften vorschlagen, aber auch für eine mögliche zivil-militärische oder militärische Nachnutzung der Teilimmobilien, massiv einbringen werden. Ich denke, die Staatsregierung hat bereits mit dem Oberbürgermeister in Kaufbeuren Gespräche geführt. Die CSU wird Aspekte der Teilnutzung in Betracht ziehen, zum Beispiel

die neue Reservistenkonzeption, um Standorte weiter flächendeckend für die Soldaten in Bayern zu sichern. Das ist wichtig. Entscheidend ist, dass die Bundeswehr den Auftrag, unser Vaterland zu schützen, auch noch morgen und übermorgen optimal erfüllen kann.

Ein weiterer Punkt ist: Wir gehen davon aus, dass Bayern weiterhin Heimat und wichtiger Standort für die Bundeswehr bleiben wird. Dafür steht unser Dringlichkeitsantrag. Alle Punkte, die Sie in Ihren Anträgen in diese Richtung eingebracht haben, gehen in unseren Antrag ein. Von daher bitte ich noch einmal, unseren Antrag einhellig zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich muss Kollegen Hintersberger von der CSU-Fraktion Feuerschutz gewährleisten.

(Florian Ritter (SPD): Das haben Sie gemacht!)

Dass er als schwäbischer Abgeordneter weiß, dass Schwaben besonders betroffen ist, hat er klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Man kann lobend hervorheben, dass er viel bezüglich der Reform gearbeitet hat und dabei nicht geleitet war von persönlichen Interessen und persönlicher Stimmenmaximierung im Stimmbezirk.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Er hat im Interesse von ganz Bayern gekämpft. Das verdient Lob und Anerkennung und nicht nur Kritik vonseiten der Opposition.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Machen wir uns nichts vor, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Bundeswehrreform war auch in diesem Ausmaß politisch gewollt.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Wir wollten nicht wie die vielen Male zuvor wieder eines der unzähligen Bundeswehrreformchen haben. Wir sahen eine große Bundeswehrreform als erforderlich und angebracht an. Ich danke Herrn Verteidigungsminister de Maizière sehr herzlich, der vor einem großen Berg an Aufgaben stand. Ich meine, ein so gut bestelltes Haus, wie es Finanzminister Dr. Söder hier in Bayern bekommt, hatte de Maizière in Berlin wahrlich nicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die sachliche und ruhige Art, mit der er diese Aufgabe, bei der man leichter Kritik als Lob einfahren kann, in die Tat umgesetzt hat, verdient auch Lob und Anerkennung.

Zu den Standorten: Wie bei jeder großen Reform gibt es auch hier Licht und Schatten. Wir haben aber auch Positives zu vermelden. Ich erachte es als erwähnenswert und hervorhebenswert, dass Veitshöchheim als Standort für das Divisionskommando in Bayern gehalten werden konnte und zugleich das Kommando der Süddivision des Heeres nun nach Bayern umgesiedelt wurde. Das hat militärisch keine großen Auswirkungen. Als bayerischer Politiker darf man das aber lobend erwähnen. Wir haben auch, wie es die FDP-Fraktion bereits im Januar in einem Positionspapier gefordert hat, erreicht, dass die strukturell schwächeren Regionen vor allem entlang der bayerisch-tschechischen Grenze verschont blieben, so weit es geht. Wir haben sogar Aufstockungen zu verzeichnen, wie in Weiden oder in Cham.

Die andere Seite der Medaille ist, dass wir auch schmerzliche Verluste haben. Deswegen ist es für die Politik umso wichtiger, dass vor allem für die Orte und Regionen, die von den Verlusten betroffen sind, schnelle, sichere und vor allem individuelle und passgenaue Kompensations- und Förderprogramme schnellstmöglich umgesetzt werden.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das heißt was?)

- Was das heißt? - Es fällt mir nicht schwer, das darzulegen, weil der Wirtschaftsminister meiner Partei angehört. Ich nenne beispielsweise die Bemühungen des bayerischen Wirtschaftsministeriums, mit dem Programm "Invest in Bavaria" internationale Investoren an freigewordene Flächen in Bayern zu ziehen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Nach Oberbayern!)

- Nach Bayern in seiner Gänze, aber auch nach Oberbayern, beispielsweise in die Stadt München, wo interessante Flächen frei werden. Die können gewerblich genutzt werden, sie werden aber auch für den Wohnungsbau benötigt. Auch das verdient einmal ein Lob. Das kann vonseiten der Opposition nicht immer nur schlechtgeredet werden.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ein oberbayerisches Ansiedlungsprogramm! - Zurufe von der SPD)

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Wirtschaft: Ich weiß, es ist nicht so attraktiv, über die wehrtechnische

Industrie zu sprechen, wie über den einen oder anderen zivilen Industriezweig. Aber auch in der wehrtechnischen Industrie, gerade in Bayern, geht es um Tausende von Arbeitsplätzen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): 30.000!)

- Das sind doch Tausende, oder ist die bayerische Schulbildung so schlecht, dass ich nicht mehr eins und eins zusammenzählen kann?

(Dr. Paul Wengert (SPD): Zigtausende!)

Auch hier geht es um Tausende von Arbeitsplätzen. Es ist Aufgabe der Politik - und das fordere ich in Richtung Berlin und Bonn -, dass für die bayerische wehrtechnische Industrie Planungssicherheit gegeben wird. Meine Damen und Herren, es muss aufhören, dass beispielsweise militärisches deutsches Gerät im Ausland gewartet wird. Das hat selbstverständlich bei uns in Deutschland oder in Bayern zu erfolgen.

(Allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, es ist wichtig, und das wird bei der Reform auch berücksichtigt, dass die zivil-militärische Zusammenarbeit weiterhin gestärkt wird, und zwar auf wirtschaftlicher Seite ebenso wie bei der Forschung. Diese Woche war ich in der zentralen Dienststelle für das Sanitätswesen. Ich habe mich davon überzeugen lassen, welche wertvollen Aufgaben in der Medizin- und Medikamentenforschung erfüllt werden. Das Wissen, das diese militärischen Einrichtungen generieren und erforschen, wird auch an die zivile Nutzung weitergegeben. Es ist deshalb wichtig, dass wir die Zusammenarbeit von Zivil und Militär weiterhin forcieren und unterstützen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege?

Tobias Thalhammer (FDP): Es ist doch keiner da.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Pohl.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Pohl, bis Sie aufgestanden sind, ist meine Rede vorbei. Sie können nachher gerne eine Zwischenbemerkung machen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Gut, dann machen wir das hinterher.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Kollege Hintersberger hat gesagt, die Reservisten sollen sich weiter einbringen können, das sei ihr persönlicher Wunsch. Sie wollen sich weiter einbringen, beispielsweise beim Katastrophenschutz. Als Politiker soll man Danke sagen, wenn sich Menschen freiwillig einbringen wollen. Wir wollen diesem Wunsch Folge leisten, indem

wir ein Heimatschutzregiment mit vier Bataillonen einrichten. Das ist unser Wunsch und eine wichtige Forderung.

Man kann zusammenfassen: Bayern ist nach wie vor Bundeswehrland. Man muss auch noch einmal sagen: Es war bemerkenswert, auch wenn es nicht überall zum Erfolg geführt hat, das gebe ich zu, wie die bayerische Bevölkerung hinter ihrer Bundeswehr und hinter deren Standorten gestanden ist. Das ist ein Beweis dafür, dass Bayern ein attraktives Bundeswehrland ist. Bayern ist Bundeswehrland, Bayern war Bundeswehrland und Bayern wird es auch immer sein.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Thalhammer, gut, dass Sie hierbleiben. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Professor Dr. Gantzer. Bitte schön.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Kollege Thalhammer, zum Ersten eine Frage: Die IG Metall hat Ihnen einen wehrtechnischen Dialog angeboten, und zwar schon vor Monaten. Nun müssen Sie irgendwann erklärt haben, der solle auch stattfinden. Wann findet der Dialog denn tatsächlich statt?

Nun eine Bemerkung zu Punkt fünf des Dringlichkeitsantrages, den Sie zum Schluss noch angesprochen haben, nämlich zum Heimatschutzregiment. Jeder, der gedient hat, weiß, dass sich durch die Bundeswehrreform auf Antrag nichts ändert. Das heißt: Die Soldaten, die in der Bundeswehr ausgebildet werden, werden nach wie vor zu militärischen Zwecken ausgebildet, das heißt in erster Linie zu kämpferischen Einsätzen, sogar zum Krieg. Das ist früher so gewesen, deshalb konnten wir Heimatschutzregimenter aufstellen, denn die Reservisten hatten damals denselben Auftrag. Jetzt wollen Sie den Auftrag der Soldaten aber ändern, indem Sie sagen: Du wirst zwar als Jäger ausgebildet, aber wenn Du Reservist bist, dann bist Du für den Katastrophenschutz zuständig. Ich meine, dafür haben die keine Ausbildung bekommen, vielleicht mit Ausnahme der Pioniere. Sie können solche Regimenter und solche Bataillone nur zum Zwecke der Verkehrsregelung einsetzen.

Ich würde vorschlagen, dass sich der Herr Innenminister das anhört, weil das doch sein Vorschlag ist. Der Beauftragte der Staatsregierung sollte den Herrn Minister nicht stören, wenn dieser mir zuhört.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die Staatskanzlei will doch immer mitreden. Auch der Vertreter der Staatskanzlei sollte zuhören!)

- Ja, der sollte auch zuhören, der hat aber nicht gedient.

(Allgemeine Unruhe)

Ich sage noch einmal: Sie wollen im Grunde Bataillone und Regimenter zur Verkehrsregelung und zum Abfüllen und Schleppen von Sandsäcken. Ich frage Sie, wer soll das bezahlen? Außerdem würden die dann die Kasernen blockieren, denn die üben nur alle zwei Jahre für zwei Wochen. Sie würden also die Kasernen blockieren und die Gemeinden könnten mit dem Kasernengelände nichts anfangen. Was Sie wollen, ist eigentlich Auftrag des Technischen Hilfswerks - THW. Man sollte deshalb lieber den Bund auffordern, die THW-Mittel aufzustocken und die THW-Truppe zu stärken, anstatt Soldaten für Aufgaben zu missbrauchen, für die sie nicht ausgebildet sind.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Sehr geehrter Herr Professor Gantzer, auch ich habe gedient, wenn auch nicht in dem Umfang wie Sie. Im Übrigen ist das auch ein Grund dafür, dass ich bei der FDP bin, denn dort habe ich die Überzeugung gewonnen, dass wir die Wehrpflicht abzuschaffen haben. Ich bin deshalb in der FDP, denn die FDP war damals dieser Meinung.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Welche Truppe? - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vergnügungsdampfer!)

- Ich war im Nachschubbataillon beim Heer und bin als Hauptgefreiter ausgeschieden. Ich glaube aber, es geht hier nicht um eine persönliche Dimension, es geht um deutlich mehr.

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Bei aller Anerkennung Ihres militärischen Sachverständnisses, Herr Kollege, finde ich, man darf das nicht so sagen, wie Sie das in Ihrem Beitrag dargestellt haben. Man darf die Arbeit und die Einsatzbereitschaft der Reservisten nicht auf das Schleppen von Sandsäcken verkürzen. Ich denke, da tun Sie den Reservisten wirklich Unrecht. Es ist doch toll, wenn in unserer Gesellschaft Leute sagen: Ich will mich freiwillig einbringen! - Ich denke, diesen Wunsch sollten wir von der Politik freudig aufnehmen und uns dafür dankbar zeigen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Thalhammer, die zweite Zwischenbemerkung ist von Herrn Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Thalhammer, Sie haben sich für die Stärkung der wehrtechnischen Industrie in Bayern eingesetzt. Können Sie mir erklären, warum die technische Schule der Luftwaffe von Kaufbeuren nach Fassberg und Erndtebrück verlegt wird? Glauben Sie, dass das in Manching für besondere Beifallstürme gesorgt hat?

Nachdem Sie hier so pauschal gesagt haben, wir würden nur kritisieren: Hier gibt es sehr viel an fehlendem Engagement und an fehlender Durchsetzungsfähigkeit der Staatsregierung zu kritisieren. Ich habe aber auch gesagt, und dazu haben Sie bemerkenswerterweise kein Wort verloren, dass Herr Staatsminister Zeil mich bei den Bemühungen um eine zivil-militärische Kooperation in Kaufbeuren sehr wohl unterstützt hat. Ich hoffe, das wird auch so bleiben, Herr Staatsminister. Ich bitte Sie nun um ein Wort zu der Frage, ob auch Ihre Fraktion hinter diesen gemeinsamen Bemühungen steht.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte, Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Lieber Herr Kollege Pohl, bei Ihrem Redebeitrag ist mir aufgefallen, dass Sie auch ausdrücklich Lob ausgesprochen haben. Sie haben die Haltung der FDP ausdrücklich gelobt, und Sie haben hervorgehoben, dass sich die FDP damals für die Abschaffung der Wehrpflicht eingesetzt hat. Sie haben den Einsatz des Bundestagsabgeordneten der FDP, Herrn Thomae, hervorgehoben. Sie haben auch Herrn Kollegen Zeil ausdrücklich gelobt, auch jetzt gerade. Wenn ich das vorhin nicht explizit zum Ausdruck gebracht habe, dann hole ich das hier gerne in ganz offizieller Weise nach: Ich bedanke mich dafür, dass Sie die Arbeit der FDP-Fraktion so anerkennen und so schätzen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine merkwürdige Debatte, die hier in der letzten halben Stunde geführt worden ist. Eigentlich waren sich die Parteien doch übergreifend einig, dass es zu einer Bundeswehrreform kommen soll. Diese Reform war längst überfällig, einmal aus sicherheitspolitischen Gründen, zum anderen aber auch aus haushaltspolitischen Gründen. Es war auch bekannt,

und das war eigentlich auch jedem klar, dass bei einer deutlichen Reduzierung der Truppenstärke Bayern nicht ungeschoren davonkommt. Das ist nichts Neues, das war klar. Mit 68 Standorten ist Bayern von der Bundeswehrreform stärker betroffen als die anderen Bundesländer. Das war abzusehen. Was mich ziemlich erstaunt, sind die Wortmeldungen der Kollegen von der SPD und von den FREIEN WÄHLERN. Das gilt auch für die Anträge. Uns GRÜNEN geht diese Reduzierung, wenn wir ehrlich sind, noch nicht weit genug, denn wir haben uns immer dafür eingesetzt, und wir sehen sie auch als Chance. Wenn man aufgrund der Sicherheitslage die Truppenstärke reduzieren kann, dann sollte man erst einmal froh sein, dass wir politisch in einer Zeit leben, in der so etwas möglich ist. Das ist der erste Gedanke, den man bei der ganzen Thematik haben sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns ist klar: Wenn es zu einer Reduzierung der Truppenstärke kommt, muss der eine oder andere Standort geschlossen werden. In den letzten 20 Jahren sind bereits mehrere Standorte geschlossen worden. Für die Nutzung der freigewordenen Flächen gibt es mehrere positive Beispiele. Das betrifft nicht nur die Ballungsgebiete, sondern Gebiete in ganz Bayern. Wir haben Ansbach, Augsburg, München, Neu-Ulm und Landsberg am Lech. Von meinem Heimatlandkreis kann ich lange berichten. Ich kann mich noch daran erinnern, dass in den Neunzigerjahren zwei Kasernen dicht gemacht worden sind. Es hieß, die Stadt werde umkippen. Es werde nichts mehr funktionieren. Die Stadt steht jetzt mit einem SPD-Oberbürgermeister besser da als mit den vier Kasernen. Er hat mit dem Stadtrat gemeinsam etwas Gutes aus den Flächen gemacht. Ich bitte darum, keine Angst vor der Veränderung zu haben, sondern diese als Chance für die Regionen zu begreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotzdem ist uns klar, dass es Regionen geben wird, in denen die weggefallenen Standorte nicht einfach ausgeglichen werden können. Die schwierige Situation für die Menschen, die dort arbeiten, ist unbestritten. Dass diese Menschen zunächst Angst haben und den Wegfall der Kasernen ablehnen, ist verständlich. Jedoch geht es ebenfalls darum, als Politiker Mut zu machen und Lösungen aufzuzeigen. Mir geht es nicht darum, ein neues Förderprogramm zu beschließen. Wir haben bereits Förderinstrumente, zum Beispiel die Städtebau- oder die Regionalförderung. Wir müssen diese aber transparenter und punktgenauer einsetzen, statt die Mittel mit der Gießkanne auszuteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicher gibt es den einen oder anderen Standort wie Fürstenfeldbruck, der komplett geschlossen wird und wo die freien Flächen im Sinne der Kommunen genutzt werden können. Kaufbeuren ist schon mehrfach angesprochen worden. Das ist das Lieblingsthema der FREIEN WÄHLER. Mit Ihrem Antrag fordern Sie für Bayern eine Nachbesserung im militärischen Sektor. Das kommt - mit Verlaub - einer Strukturförderung über den Wehretat gleich. Das kann nicht sein. Bestimmte Regionen brauchen Unterstützung: Da bin ich an Ihrer Seite. Dafür benötigen wir jedoch ein anderes Instrument. Das kann nicht der Wehretat sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorweg gebe ich zu, ich bin auf diesem Gebiet kein ausgewiesener Experte. Ich habe mir jedoch Kaufbeuren angesehen, da dieser Standort durch die Medien gegeistert ist. In Kaufbeuren befindet sich die Technische Schule der Luftwaffe, in der das Personal geschult wird. Der Flugbetrieb wurde bereits 1991 eingestellt, wenn ich richtig informiert bin.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

- Richtig, die Flugsicherung ist noch da, aber die Flugbereitschaft wurde eingestellt. Die Entwicklung des Standorts Kaufbeuren kommt nicht so unerwartet, wie es immer dargestellt wird. Wir sind uns alle darüber einig, dass es entscheidend sein wird, sich auf Bundesebene für einen fairen Ausgleich zwischen Bund, Land und Kommunen einzusetzen. Es sollte entschieden werden, wie die Flächen an die Kommunen übergeben werden. Wichtig ist - da kommt die Kritik an der Bundesregierung deutlich zum Vorschein - die zügige Vorlage eines genauen Zeitplans über die Abwicklung der Standorte. Das bedeutet dringend benötigte Planungssicherheit für die Kommunen. Die drei vorliegenden Dringlichkeitsanträge beinhalten jedoch den einen oder anderen Punkt, dem wir nicht zustimmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner wäre Herr Staatsminister Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Das war der Konjunktiv.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Er ist es sogar. Es hätte auch etwas dazwischenkommen können.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Das weiß man bei der Staatsregierung nie.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: So ist es. Bei euch weiß man nie, wie lange man im Amt ist.

(Heiterkeit bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Herr Präsident, mehr Zurückhaltung bitte!)

Herr Staatsminister Herrmann, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, mit großer Freude habe ich aus dem Munde Ihres Fraktionsvorsitzenden vernommen, dass er in mir die Kontinuität gewahrt sehe. Nach einem solchen freundlichen Appell zu Beginn der Plenarsitzung fühle ich mich dem auch in Zukunft verpflichtet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, ich darf das Wort zum Teil in Vertretung des Leiters der Staatskanzlei, der im Moment noch mit der Amtsübernahme in der Staatskanzlei beschäftigt ist, ergreifen. Für die Staatsregierung habe ich es gerne übernommen, in dieser Stunde zu sprechen, weil ich als Innen- und Bauminister mit diesen Themen ohnehin stark beschäftigt bin. Ich befinde mich in einer - wie soll ich es sagen? - ungewöhnlichen Situation, da ich einigen Sätzen von Herrn Kollegen Hartmann nachdrücklich zustimmen möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sollten uns daran erinnern, dass es eine breite Zustimmung für die Reform der Bundeswehr gegeben hat. Jetzt müssen wir uns mit den Konsequenzen auseinandersetzen. Das muss auch berücksichtigt werden, wenn wir über das Konzept zur Reduzierung von Dienstposten des Bundesverteidigungsministeriums reden. Die Wehrpflichtigen sind schon seit März nicht mehr da. Das ist eine Diskussion über Posten auf dem Papier. Die wird jetzt strukturell nachvollzogen. Die Wehrpflichtigen sind jedoch schon seit März nicht mehr da. Sie befinden sich nicht mehr in den Kasernen. Das bedeutet, es handelt sich nicht um eine Diskussion, wer irgendwann in ein paar Jahren ausziehen wird. Die Wehrpflichtigen sind schon weitgehend abgezogen. Damit müssen sich die Kommunen heute schon auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren, klar ist jedoch auch, dass wir trotz einer Reihe von erheblichen Reduzierungen wichtige Ziele für den Freistaat Bayern erreicht haben. Zunächst einmal bleibt Bayern mit 31.000 Dienstposten mit Abstand der zweitstärkste Bundeswehrstandort in ganz Deutschland. Wir sind in Bayern mit 20.000 Soldaten der US-Army der dienstpostenstärkste Standort der US-Army in ganz Europa. Deshalb kann nicht davon gesprochen werden, dass kein Militär in unserem Land vorhanden wäre. Im Gegenteil: In der Gesamtschau bleibt Bayern der mit Abstand

stärkste Militärstandort in ganz Deutschland. Das bleibt auch nach diesen Umgruppierungen festzuhalten.

In den Diskussionen mit dem Bundesverteidigungsminister ist uns wichtig gewesen, dass zwei hochwertige Kommandobehörden in Bayern bleiben, nämlich die Sanitätsakademie der Bundeswehr in München und der Stab der 10. Panzerdivision in Veitshöchheim. Wichtige Standorte wie Lagerlechfeld und Roth müssen gehalten werden. In Lagerlechfeld ist damit der Flugbetrieb und die Teileproduktion des Airbus-Zulieferers Premium AEROTEC gesichert. Das sind immerhin 3.000 Arbeitsplätze im Raum Augsburg. Das war der Staatsregierung ein wichtiges Anliegen.

Die in Aussicht gestellte Verlagerung der Offizierschule der Luftwaffe von Fürstenfeldbruck nach Roth ist ein Zeichen dafür, dass im Hinblick auf die strukturelle Situation im Freistaat Bayern letztendlich eine wichtige Einrichtung abgezogen wird. In Fürstenfeldbruck wird das bedauert. Fürstenfeldbruck gehört aber sicherlich zu den strukturstarken Regionen Bayerns. Bundeswehreinrichtungen müssen in strukturschwache Räume verlagert werden, weil dort ansonsten verheerende Folgen zu erwarten wären.

Zwei Großverbände des Heeres, die Panzerbrigade 12 und die Gebirgsjägerbrigade 23, bleiben in Bayern. Der Freistaat Bayern ist damit das einzige Land, das über zwei vollständige Heeresbrigaden verfügt. Insbesondere in den grenznahen Räumen Oberpfalz und Niederbayern bleibt die Bundeswehr relativ stark präsent.

Heute ist wiederholt angesprochen worden, dass der Standort Kaufbeuren in besonderer Weise betroffen ist. Die Staatsregierung kämpft um diesen Standort. Das zuständige Bundesministerium der Verteidigung führt bereits aussichtsreiche Gespräche für eine zivilmilitärische Nachnutzung des Geländes. Herr Kollege Pohl, das haben Sie bereits angesprochen. Sie können sich darauf verlassen, dass der Herr Ministerpräsident und die gesamte Staatsregierung alles dafür tun werden, diese Überlegungen in die Tat umzusetzen. Die Staatsregierung wird die betroffenen Kommunen insgesamt nicht allein lassen - ganz egal ob es sich um Schwaben, Oberfranken, Oberbayern oder einen sonstigen Regierungsbezirk handelt. Wir setzen auf einen engen Dialog mit den Betroffenen. Der neue Leiter der Staatskanzlei, mein Kollege Thomas Kreuzer, wird schon ab morgen die von der Bundeswehrstrukturreform am stärksten betroffenen Regionen besuchen und erste Gespräche führen.

Der aus Bayern kommende Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Christian Schmidt, wird

das in gleicher Weise tun. Wir werden überall vor Ort versuchen, die Lage ganz konkret zu analysieren und mit den Kommunen darüber zu beraten. Die Lage ist nämlich an jedem Standort anders. Es gibt keinen Standort und keine Kommune in Bayern, wo die Lage so ist wie an einem anderen Standort. Manche Kommunen sagen: Wir können die Flächen gut brauchen; schade, dass die Bundeswehr geht, aber unsere Wirtschaft wird deswegen nicht zusammenbrechen. Andere Kommunen haben dagegen mit Sicherheit massive Probleme, wenn die Bundeswehrekaserne geschlossen wird. Wir müssen das eine wie das andere analysieren. Wir müssen die Kommunen individuell beraten. Deswegen gibt es kein Patentrezept, kein Allheilmittel für alle Bundeswehrstandorte. Die Lösung kann nur in einer ganz individuellen Analyse, in einer ganz individuellen Beratung und einer ganz individuellen Unterstützung der einzelnen Kommunen bestehen.

Dazu brauchen wir zunächst Planungssicherheit. Das ist zu Recht angesprochen worden. Aus den grundsätzlichen Darlegungen und Ausführungen des Bundesverteidigungsministers geht noch nicht klar hervor, was sie im konkreten Einzelfall bedeuten. Darüber hinaus haben wir noch keinen konkreten Zeitplan. Wir gehen davon aus, dass der Zeitplan bis Ende März 2012 konkretisiert wird. Natürlich könnte es schneller gehen. Als betroffener Soldat würde ich auch schneller erfahren wollen, wann welche Maßnahmen durchgeführt werden. Auf der anderen Seite macht es aber auch keinen Sinn, zu hudeln. Jetzt muss sehr sorgfältig gearbeitet werden. Wenn im Ergebnis der eine oder andere Standort erst in vier Jahren geschlossen wird, gibt es mancherorts auch Vorteile. Umso länger ist nämlich dann die Vorbereitungszeit, und mancher Soldat wird sich darüber freuen, dass eine Änderung noch nicht so schnell ansteht.

Natürlich werden wir mit der Bundeswehr optimal zusammenarbeiten. Das gilt auch für die Bauverwaltung. Die bayerische Staatsbauverwaltung arbeitet bei Umbauten oder Neubauten auch im Auftrag der Bundeswehr. Überall dort, wo Einheiten verlagert werden, ob von Amberg nach Cham oder von Fürstenfeldbruck nach Roth, werden neue Baumaßnahmen notwendig sein. Auch dafür müssen Konzepte erarbeitet werden.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass eine Reform nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann. Das Bundesverteidigungsministerium selbst geht von einer Umsetzungsphase zwischen zwei und fünf Jahren aus. Eine Ausnahme bilden nur die neun bayerischen Kreiswehrrersatzämter, die schon im kommenden Jahr umstrukturiert oder geschlossen werden sollen.

Ich will noch einmal das unterstreichen, woran wir jetzt politisch arbeiten müssen. Neben der Analyse und der Beratung braucht eine Reihe von Kommunen auch eine kräftige Unterstützung durch den Bund und durch das Land. Wir können auf die Erfahrungen aus erfolgreichen Konversionsprojekten zurückgreifen. Schauen Sie sich die Standorte an, an denen die Bundeswehr oder die US-Armee in den letzten zehn Jahren abgezogen worden ist. Schauen Sie sich frühere Kasernenstandorte wie Augsburg, Fürth, Erlangen, Würzburg oder Passau an. An diesen Standorten hat sich die Lage hervorragend entwickelt. Dort gibt es eine gute Nachnutzung. Die Kommunen stehen teilweise zumindest so gut da wie früher. In anderen Kommunen sieht es wesentlich schlechter aus. Erst neulich haben wir zum Beispiel über Kitzingen diskutiert, wo die US-Armee abgezogen worden ist. Wir müssen uns mit den Kommunen individuell beschäftigen, und dafür brauchen wir auch ein Programm des Bundes.

Alle Länder fordern vom Bund, dass die Mittel der Städtebauförderung aufgestockt werden. Die Städtebauförderung darf nicht gekürzt, sondern sie muss aufgestockt werden. Wir brauchen wieder mehr Mittel für die Städtebauförderung, sonst können wir diesen Herausforderungen nicht gerecht werden.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die habt ihr selber gekürzt!)

In großer Einigkeit haben wir in dieser Frage im Bundesrat Beschlüsse gefasst und Appelle an die Bundesregierung gerichtet. Ich begrüße es, dass Bundesminister Ramsauer gestern ausdrücklich ein Konzept des Bundes angekündigt hat. Ich halte den von ihm dargelegten Ansatz, einen Finanzierungskreislauf zu schaffen und das Geld, das der Bund aus dem Verkauf von Liegenschaften einnimmt, für die Unterstützung der Kommunen zu verwenden, für absolut richtig.

Allerdings möchte ich diesem Vorschlag ein oder zwei Punkte hinzufügen. Ebenfalls in großer Einigkeit haben die Bundesländer den Bund aufgefordert, dass er sich vor allem dort, wo die Kommunen die Grundstücke brauchen, zu einer verbilligten Abgabe von Liegenschaften an die Kommunen bereit erklärt. Deshalb darf ein solches Finanzierungskreislaufmodell nicht dazu führen, dass an den Standorten, an denen die Grundstücke gut zu verkaufen sind, eine Preismaximierung betrieben wird, um für andere Kommunen mehr Geld herauszuschlagen. Wir stehen zu der Aufforderung an den Bund, dass die Kommunen, die an Grundstücken interessiert sind, diese auch günstig erwerben können.

Der Zeitpunkt, zu dem vor allem die Kommunen in besonders strukturschwachen Räumen eine Unterstützung bekommen, kann nicht davon abhängig sein, wann der Bund andernorts Verkaufserlöse erzielt. Einer strukturschwachen Kommune können wir nicht sagen, das Geld können wir euch erst dann auszahlen, wenn wir andernorts Grundstücke verkauft haben. Diesen Vorbehalt muss ich beim Konzept des Finanzierungskreislaufs gegenüber dem Bundesbauminister machen. Im Übrigen ist klar, dass wir Unterstützung brauchen. Wir werden sie beim Bund auch mit Nachdruck einfordern.

Herr Kollege und Kamerad Gantzer, noch ein Wort zum Thema Heimatschutz und Etappenhengste: Lieber Herr Kollege Gantzer, Sie werden es verstehen, wenn ich feststelle, dass der Begriff "Etappenhengste" jede Sensibilität für Gender Mainstreaming, das von Ihrer Fraktion so hochgehalten wird, vermissen lässt. Darüber hinaus muss ich Ihnen aber bestätigen, dass beim Hochwasserschutz oder bei der Waldbrandbekämpfung Fallschirmjäger bisher noch nicht unmittelbar eingesetzt worden sind. Für innovative Vorschläge sind wir aber immer dankbar. Selbstverständlich sollen auch die Fallschirmjäger der Reserve nicht auf der Strecke bleiben. Ich bleibe dabei - und da bin ich dem Kollegen Hintersberger für seine Ausführungen dankbar -, dass wir auch in Zukunft beim Katastrophenschutz den engagierten Einsatz der Reservisten brauchen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wörner?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Aber gerne. Wenn er Vorschläge machen will, wie wir die Fallschirmjäger einsetzen können, bin ich immer offenen Ohres.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte, Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Minister, ich will Sie etwas anderes fragen. Sie haben gerade von dem Finanzkreislauf gesprochen und gesagt, dass Sie den Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken des Bundes zur Refinanzierung für den Kauf günstiger Grundstücke durch die Kommunen einsetzen wollen. Gilt das dann auch für den Freistaat Bayern beim Verkauf der Wohnungen der Landesbank? Soll man das Geld, das man bisher aus dem Verkauf von Grundstücken eingenommen hat, für den Kauf von Wohnungen verwenden, oder gilt das nur für den Bund?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Kollege Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Wenn ich den Präsidenten richtig verstanden habe, steht im Moment das Thema Bundeswehrreform auf der Tagesordnung. Zu dem anderen Thema werde ich mich gerne bei entsprechender Gelegenheit äußern. Im Moment habe ich gar keine Absicht, irgendwelche Wohnungen zu verkaufen.

Zurück zum Heimatschutz und zum Katastrophenschutz. Die Bundeswehr - darin waren wir uns einig, Herr Kollege Gantzer - wird auch in Zukunft für den Katastrophenschutz zur Verfügung stehen, wenn sie da ist. Wir werden in Zukunft aber auch Situationen haben, dass Teile der in Bayern stationierten Einheiten im Ausland im Einsatz sind. Deshalb brauchen wir die Möglichkeit, auf Reservisten zurückzugreifen. Ich kenne viele Reservisten in unserem Land, die bereit sind, beim Katastrophenschutz mitzuhelfen. Dafür verfolgen wir die Idee, ein Heimatschutzregiment aufzustellen, das uns im Katastrophenfall zur Verfügung steht. Wenn zum Beispiel die Bundeswehr manches Gerät der Pioniere übrig hat und nicht mehr benötigt, könnte eine solche Reserveeinheit dieses Gerät im Katastrophenschutz einsetzen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden alle Standortkommunen in Bayern nach Kräften unterstützen. Wir werden sie individuell beraten und ihnen die bestmögliche Unterstützung aus Bundesmitteln und natürlich aus Mitteln des Freistaates Bayern zukommen lassen. Bayern bleibt auch in Zukunft das bundeswehrtreueste Land in Deutschland. Wir stehen zu unserer Bundeswehr. Wir freuen uns, wenn die Bundeswehr nach Abschluss dieser Bundeswehrreform mit der Unterstützung der Menschen in Bayern stark und einsatzbereit dastehen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, einen Moment bitte. Herr Kollege Professor Dr. Gantzer hat noch eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Aber gerne.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Minister, gerade Ihre Schlussbemerkung bestätigt meinen Eindruck, dass Sie Ihre Karriere als Reserveoffizier fortsetzen wollen. Ich würde vorschlagen, Ihre Rede dem Landeskommando zuzuschicken, damit dort die weiteren Beförderungsmöglichkeiten eruiert werden können.

Ich habe zwei Fragen: Erstens. Sie haben gelobt, dass nach dieser Reform besondere Truppenteile in

Bayern geblieben seien. Ich möchte Sie deshalb - weil mir auch ein Brief des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer vorliegt - wegen der Auflösung der Luftlandeschule Altenstadt fragen. Herr Seehofer hat geschrieben, er werde alles tun, dass die Luftlandeschule erhalten bleibt. Warum ist das nicht gelungen? Warum ist ein Markenzeichen der Bundeswehr, das mit Bayern und Altenstadt verbunden war, zerschlagen worden? Die Gorch Fock wird weiter segeln. Die Luftlandeschule wird aufgelöst. Das ist nicht zu verstehen, gerade im Hinblick auf die Nachwuchsgewinnung. Für mich ist es ein Fragezeichen, dass dies nicht einmal der Generalsekretär verhindern konnte. Vielleicht können Sie eine Erklärung dazu geben.

Meine zweite Frage bezieht sich auf Ihre letzten Ausführungen zu den Heimatschutzregimentern. Ich weiß, dass Sie dort sehr große Schwerpunkte setzen wollen. Sie wurden selbst ausgebildet und wissen, wie wir ausgebildet worden sind. Der Begriff Heimatschutz war bis jetzt ein militärischer Begriff. Er hatte mit dem Begriff Katastrophenschutz nur hilfsweise etwas zu tun. Für den Katastrophenschutz ist das THW zuständig. Sprechen Sie einmal mit THW-Leuten. Sie sind sehr ärgerlich, dass auf einmal die Bundeswehr in Konkurrenz zu ihnen treten soll. Wie sehen Sie denn diese Konkurrenzsituation?

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Professor Gantzer, zu Ihrer ersten Frage: Sie wissen, wie es im Leben ist. Wenn Sie eine Liste von 40 oder 50 Themen haben, um die Sie kämpfen, werden Sie nach einer Diskussion vielleicht bei 35 oder 38 Themen erfolgreich sein. Da andere ebenfalls um viele Themen kämpfen, werden Sie bei dem einen oder anderen Thema leider nicht erfolgreich sein. Der baden-württembergische Ministerpräsident hat zum Beispiel um den Verbleib des Divisionsstabes in Sigmaringen gekämpft. Er hatte damit keinen Erfolg, weil wir es erreicht haben, dass der Divisionsstab nunmehr in Veitshöchheim sitzt. So ist das nun einmal in der politischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der CSU)

Ich bedaure es ebenfalls, dass es in Zukunft die Luftlandeschule Altenstadt nicht mehr geben wird. Gott sei Dank waren wir jedoch bei einer Reihe anderer Themen erfolgreich, die ich aufgezählt habe. Am Ende eines solchen Diskussionsprozesses müssen wir das zur Kenntnis nehmen.

Lieber Herr Professor Dr. Gantzer, ich glaube nicht, dass wir uns streiten müssen. Ich bin viel mit dem Technischen Hilfswerk in unserem Land unterwegs. Sie wissen, dass sich das THW in den nächsten Jahren darauf einstellen muss, nicht mehr von mehrjährig Verpflichteten leben zu können, die von der Wehrpflicht freigestellt worden sind; denn es gibt keine Wehrpflicht mehr. Das THW wird sich künftig um reine Freiwillige kümmern müssen. Die Nachwuchsfrage ist eine große Herausforderung. Das sind die Zukunftsperspektiven.

Zu den Einsatzmöglichkeiten und den Einsätzen der Bundeswehr in den letzten Jahren ist zu sagen: Natürlich sind Soldaten nicht originär für den Katastrophenschutz ausgebildet. Allerdings wissen Sie auch, dass ohne den Einsatz der Bundeswehr beim Oder-Hochwasser die Katastrophe für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen dreimal so groß geworden wäre. Das ist die Realität. Die Bundeswehr war dafür nicht ausgebildet, aber sie konnte helfen. Sie hat auch bei uns in Bayern, zum Beispiel beim Donau-Hochwasser und beim Lech-Hochwasser, geholfen. Sie hat bei Bränden geholfen. Wir brauchen zum Beispiel Berufssoldaten und Hubschrauber bei der Waldbrandbekämpfung.

Wir brauchen aber auch den einfachen Infanterie-Soldaten. In Bayern gab es die Situation, dass Soldaten geholfen haben, Schnee von Häusern zu schippen, die vom Einsturz bedroht waren. Weder die Feuerwehrleute noch die Soldaten haben dafür eine Spezialausbildung genossen. Die Soldaten haben das einfach gemacht; und die Menschen in Bayern waren dafür dankbar, dass sie es gemacht haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Über solche Dinge nachzudenken, scheint mir nach wie vor hochaktuell zu sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Damit ist die Aussprache zu diesem ersten Dringlichkeitsantrag beendet.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu trenne ich die Anträge wieder. Für alle drei Dringlichkeitsanträge wurde eine namentliche Abstimmung beantragt. Somit erfolgen jetzt drei namentliche Abstimmungen. Mein Vorschlag lautet, für die erste namentliche Abstimmung fünf Minuten vorzusehen. Die beiden weiteren namentlichen Abstimmungen sollten wir in jeweils drei Minuten erledigen.

Die Urnen für die Abstimmung sind an den gewohnten Plätzen aufgestellt. Zunächst stimmen wir über den

Dringlichkeitsantrag 16/10177 der Abgeordneten Rinderspacher, Prof. Dr. Gantzer, Güller und anderer und Fraktion der SPD, "Bundeswehrreform 2011", ab. Die namentliche Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 16.26 bis 16.31 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Stimmabgabe. Ich bitte die Karten zu entnehmen.

Sind alle Urnen wieder bereit? - Dann kommen wir zur zweiten namentlichen Abstimmung. Das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/10185. Ich eröffne die Stimmabgabe, diesmal drei Minuten, meine Damen und Herren.

(Namentliche Abstimmung von 16.32 bis 16.35 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Stimmabgabe. - Die Urnen stehen für die dritte namentliche Abstimmung bereit: Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/10190. Das ist der interfraktionelle Antrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Ich eröffne die Stimmabgabe. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.36 bis 16.39 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Stimmabgabe und bitte darum, das Ergebnis zu ermitteln. - Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Richterwahl bekannt. Das war der Tagesordnungspunkt 4. Der Wahlvorschlag lautete auf Dr. Ludwig Wagner. An der Wahl haben 150 Abgeordnete teilgenommen. Davon war keine Stimme ungültig. Auf Herrn Dr. Wagner entfielen 126 Stimmen. Mit Nein stimmte 1 Abgeordneter. Ihrer Stimme enthalten haben sich 23 Abgeordnete. Ich stelle damit fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Dr. Ludwig Wagner zum berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs gewählt hat. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.11.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller u. a. und Fraktion SPD; Bundeswehrreform 2011 (Drucksache 16/10177)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fahrenschon Georg			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine		X	
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	56	107	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.11.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Kahlschlag bei der Bundeswehr - betroffene Standortkommunen unterstützen (Drucksache 16/10185)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X		Görlitz Erika		X	
Aiwanger Hubert	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst	X			Gote Ulrike		X	
Aures Inge	X			Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg		X		Güller Harald	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X			Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Hacker Thomas		X	
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine		X	
Dr. Beckstein Günther				Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hallitzky Eike		X	
Dr. Bertermann Otto		X		Hanisch Joachim	X		
Dr. Beyer Thomas	X			Hartmann Ludwig		X	
Biechl Annemarie				Heckner Ingrid		X	
Biedefeld Susann	X			Heike Jürgen W.		X	
Blume Markus		X		Herold Hans		X	
Bocklet Reinhold		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Herrmann Joachim		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hessel Katja			
Dr. Bulfon Annette		X		Dr. Heubisch Wolfgang			
Dechant Thomas		X		Hintersberger Johannes		X	
Dettenhöfer Petra				Huber Erwin		X	
Dittmar Sabine	X			Dr. Huber Marcel			
Dodell Renate				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Donhauser Heinz		X		Huml Melanie		X	
Dr. Dürr Sepp		X		Imhof Hermann		X	
Eck Gerhard				Jörg Oliver		X	
Eckstein Kurt		X		Jung Claudia	X		
Eisenreich Georg		X		Kamm Christine		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Karl Annette	X		
Fahrenschon Georg				Kiesel Robert		X	
Felbinger Günther	X			Dr. Kirschner Franz Xaver			
Dr. Fischer Andreas		X		Klein Karsten		X	
Dr. Förster Linus	X			Kobler Konrad		X	
Franke Anne		X		König Alexander		X	
Freller Karl		X		Kohnen Natascha	X		
Füracker Albert		X		Kränzle Bernd		X	
Gantzer Peter Paul	X			Kreuzer Thomas			
Gehring Thomas		X		Ländner Manfred		X	
Glauber Thorsten	X			Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Goderbauer Gertraud				Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	55	101	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.11.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Johannes Hintersberger u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Thomas Dechant, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. und Fraktion FDP; Bayern ist und bleibt das attraktivste Bundeswehrland (Drucksache 16/10190)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X		Görlitz Erika	X		
Aiwanger Hubert			X	Dr. Goppel Thomas	X		
Arnold Horst		X		Gote Ulrike		X	
Aures Inge		X		Gottstein Eva			X
Bachhuber Martin	X			Güll Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg	X			Güller Harald		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			X	Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Hacker Thomas	X		
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine			
Dr. Beckstein Günther				Halbleib Volkmar		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Hallitzky Eike		X	
Dr. Bertermann Otto	X			Hanisch Joachim			X
Dr. Beyer Thomas		X		Hartmann Ludwig		X	
Biechl Annemarie	X			Heckner Ingrid	X		
Biedefeld Susann		X		Heike Jürgen W.	X		
Blume Markus	X			Herold Hans	X		
Bocklet Reinhold	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X			Herrmann Joachim	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herz Leopold			X
Brunner Helmut				Hessel Katja			
Dr. Bulfon Annette	X			Dr. Heubisch Wolfgang			
Dechant Thomas	X			Hintersberger Johannes	X		
Dettenhöfer Petra	X			Huber Erwin	X		
Dittmar Sabine		X		Dr. Huber Marcel			
Dodell Renate				Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Donhauser Heinz	X			Huml Melanie	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Imhof Hermann	X		
Eck Gerhard				Jörg Oliver	X		
Eckstein Kurt	X			Jung Claudia			X
Eisenreich Georg	X			Kamm Christine		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X	Karl Annette		X	
Fahrenschon Georg				Kiesel Robert	X		
Felbinger Günther			X	Dr. Kirschner Franz Xaver			
Dr. Fischer Andreas	X			Klein Karsten	X		
Dr. Förster Linus		X		Kobler Konrad	X		
Franke Anne		X		König Alexander	X		
Freller Karl	X			Kohnen Natascha		X	
Füracker Albert	X			Kränzle Bernd	X		
Gantzer Peter Paul		X		Kreuzer Thomas			
Gehring Thomas		X		Ländner Manfred	X		
Glauber Thorsten			X	Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Goderbauer Gertraud				Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte			
Meyer Peter			X
Miller Josef			
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			X
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			X
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			X
Wägemann Gerhard			
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg			
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zelmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	85	55	19